

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: 26 (2014)
Heft: 102

Artikel: Keine Lust auf Big Brother
Autor: D'Anna-Huber, Christine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-968019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist mehr Sicherheit nur noch um den Preis von weniger Privatsphäre zu haben? Für viele Bürgerinnen und Bürger geht diese Rechnung nicht auf. Von Christine D'Anna-Huber

Keine Lust auf Big Brother

Schweizerinnen und Schweizer sind gegenüber staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre besonders skeptisch. Nur 38 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Überwachungstechnologien vom Staat routinemässig eingesetzt werden sollten; der europäische Durchschnitt liegt bei 54 Prozent. Dies ist eines der Resultate von «Surprise» (Surveillance, Privacy and Security), einer internationalen Studie, die im Auftrag der Europäischen Kommission in neun Ländern das Spannungsverhältnis zwischen modernen Sicherheitstechnologien und Grundrechten untersucht hat (www.surprise-project.eu). Über 2500 nach Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger äussernen ihre Meinung zum Einsatz verschiedener moderner Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum und im Internet. In der Schweiz hat das Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss im Rahmen von «Surprise» in drei Sprachregionen je ein Diskussionsforum durchgeführt.

Nord-Süd-Gefälle

Die Befragungen zeigen, dass der Wert, welcher der Privatsphäre zugeschrieben wird, stark vom eigenen Sicherheitsempfinden abhängt. So wird der Einsatz moderner Technologien zur Überwachung der Bevölkerung zu Sicherheitszwecken meist dort stärker abgelehnt, wo sich die Befragten eher sicher fühlen. Dabei wird ein gewisses Nord-Süd-Gefälle sichtbar: In Dänemark (92%), Norwegen (90%), in der Schweiz (84%), Österreich (81%) und Deutschland (73%) fühlen sich die Befragten besonders sicher, während das allgemeine Sicherheitsgefühl in Spanien (49%), Italien (43%) und Ungarn (31%) viel weniger ausgeprägt ist - damit fallen in diesen Ländern auch die Einwände gegen staatliche Kontrolle geringer aus.

Auch innerhalb der Schweiz lässt sich dieser Trend verfolgen: Hier sind es die Deutschschweizer, die sich am sichersten fühlen und die staatliche Überwachung am stärksten ablehnen, gefolgt von der Romandie und vom Tessin. Kritischer als der internationale Durchschnitt (50% der befragten Personen) verwerfen die Schweizer zudem mit 64 Prozent die Aussage, wer nichts zu verbergen habe, der brauche sich vor Überwachung auch nicht zu fürchten.

Dass Bürgerinnen und Bürger die in politischen Debatten oft unterstellte Austauschbeziehung «Mehr Sicherheit = weniger Privatsphäre» nicht ohne weiteres schlucken, wundert Johann Čas, Koordinator des Projekts, nicht: «Betrachtet man Sicherheit umfassender, dann ist Privatsphäre eben gerade ein elementarer Bestandteil davon. Das Konzept von Datenschutz und Schutz der Privatsphäre ist ja genau zum Zweck eingeführt worden, Machtmmissbrauch und staatliche Willkür zu verhindern.»

Die Ergebnisse der neun Länderbefragungen werden nun im Detail analysiert. Der Schweizer Bericht wird Ende September vorliegen und in die gesamteuro päische Auswertung einfließen, die im November in Wien vorgestellt wird. «Die Resultate sollen der Politik als Grundlage bei der Gestaltung von Gesetzen dienen», sagt Čas, «denn letztlich muss die Politik entscheiden, was von dem, was technisch möglich ist, auch tatsächlich umgesetzt werden soll.»

Christine D'Anna-Huber ist Redaktorin bei TA-Swiss.



Technisch möglich ist vieles,
was aber soll realisiert werden?
Überwachungskameras in Genf,
2007.

Bild: Keystone/Salvatore Di Nolfi